"Lieber für eine Sache sterben, als für nichts leben"

Eduardo Umaña Mendoza, Menschenrechtler, ehemaliges Mitglied des Vollzugsrates der OMCT, ermordet am 18. April 1998 in seinem Heim in Kolumbien.

"Sehr geehrter Herr,

ich halte es für meine moralische Pflicht, Ihnen mitzuteilen, wie dankbar ich Ihnen für Ihre unermüdlichen und von Erfolg gekrönten Bemühungen um meine Freilassung bin. Vergessen seien auch nicht Ihre ausländischen Partner – die Weltorganisation gegen Folter, die nichts unversucht lässt, (...) um Druck auf die Regierung auszuüben."

Sierra Leone, Oktober 2000

"Guten Tag, ich möchte Ihnen für alles danken, was Sie bei der Verhaftung meines kleinen Bruders und der anderen Mithäftlinge getan haben. Ihr Eingreifen war sehr wirksam, denn die Folter wurde eingestellt. Ich bin Ihnen sehr dankbar und werde es nicht versäumen, von ihrer Organisation zu sprechen."

Demokratische Republik Kongo, Dezember 2000

"Aus einer Ecke meiner Zelle (...) schreibe ich Ihnen, um Ihnen für die so überaus lobenswerte Geste zu danken, mit der Sie mir und meiner Familie Überlebenshilfe geleistet haben. Auch meine Frau und meine sechs Kinder möchten Ihnen für Ihre Geste der Solidarität danken, die uns so sehr wohl getan hat."

Demokratische Republik Kongo, Dezember 2000

"Mit ist zu Ohren gekommen, dass die Verwaltung des Zentralgefängnisses vom Justizministerium getadelt worden ist; dessen Vertreter hat natürlich versucht, der OMCT mit stichhaltigen Argumenten zu antworten. So hat denn das Schreiben der OMCT für die Moral und in der Praxis eine gute Wirkung gehabt."

Aserbaidschan, Dezember 2000

Das Netz der OMCT... ...Gemeinsame Hoffnung auf eine Zukunft ohne Folter

[en retrait]

Eine Gruppe einflussreicher Juristen mit Menschenrechtserfahrungen, darunter Pierre de Senarclens, ehemaliger Abteilungsleiter Menschenrechte und Frieden bei der UNESCO, Theo van Boven, ehemaliger Direktor der UN-Menschenrechtsabteilung, Eric Sottas, ehemaliger Mitarbeiter im Generalsekretariat der CNUCED, die Nobelpreisträger Erzbischof Desmond Tutu und Adolfo Perez Esquivel, Kader von Menschenrechts-NROs wie Adrien-Claude Zoller, François de Vargas und Jean-François Labarthe sowie zahlreiche weitere Fechter für die Menschenrechte, gründete 1986 mit Unterstützung von Jean-Jacques Gautier eine neue Organisation – die Weltorganisation gegen Folter, besser bekannt unter ihrer französischen Abkürzung OMCT.

Die Gründung der OMCT erfolgte nach einer Reihe von Tagungen internationaler Experten und nationaler Menschenrechtsorganisationen, die sämtlich die Bedeutung nationaler Aktionen im Kampf gegen die Folter erkannt hatten. Die Vorgehensweise war und ist auch heute noch vollkommen anders als bei anderen internationalen Menschenrechtsorganisationen. Die OMCT geht davon aus, dass sich die langfristige Ausmerzung der Folter nicht von Washington, London oder Paris aus bewerkstelligen lässt, sondern nur der Bekämpfung vor Ort weichen wird. Deshalb ist die Strategie der OMCT darauf fokussiert, lokale und nationale Initiativen zu stärken und zu unterstützen.

In einem Netzwerk arbeiten, ist kein Privileg für einige wenige Menschenrechtsspezialisten. In einer Welt voller Labilität gewinnt der Sinn für Vorausdenken und Organisation eine ganz neue Dimension. Im modernen Geschäftsleben setzen sich die Unternehmen durch, die ihre EDV-Revolution hinter sich haben und für effizientes Management auf eine Netzwerkstruktur zurückgreifen.

Nach fünfzehnjährigen Erfahrungen kann man sagen, dass diese Entscheidung zu bemerkenswerten Erfolgen geführt hat. Zuverlässigkeit und Ansehen der OMCT beruhen darauf, dass das Konzept von unten nach oben ausgerichtet ist und der Basis absolute Priorität einräumt. Die lokalen Organisationen, die Tag für Tag mit dem Problem der Folter und mit massiven Verstössen gegen die Menschenrechte konfrontiert sind, informieren und orientieren dadurch die internationale Strategie der OMCT. Dienst an den Opfern durch diejenigen, die vor Ort sind und deren Erwartungen und Bedürfnisse daher am besten kennen, lautet die Grundregel für die OMCT, nach der sich auch ihre Arbeitsweise richtet.

Die Aufgabe für das internationale Sekretariat wird von dessen Mitgliedern - Menschenrechtlern und Organisationen, die auf lokaler Ebene gegen die Folter kämpfen - festgelegt. Sie besteht darin, den Mitgliedern die Mittel und Dienste für erfolgreiches Arbeiten zur Verfügung zu stellen, d.h. ihnen zu helfen, Folter besser zu verhindern und zu brandmarken, Urheber schwerer Menschenrechtsverletzungen wirksamer zu verfolgen und Opfer besser zu unterstützen.

Die OMCT nimmt nicht für sich in Anspruch, eine Patentlösung für komplexe und schmerzliche Probleme zu haben, sie will lediglich so gut wie möglich die Bedürfnisse befriedigen, die bei lokalen Organisationen in ihrem Kampf für die Achtung der Menschenrechte auftreten.

Die Programme der OMCT geben nationalen Menschenrechtsorganisationen die Mittel zur Bekämpfung der Folter an die Hand.

Gemeinsam handeln

Unseres Erachtens bietet ein Netzwerk jedem Partner die Möglichkeit, durch Kooperation seine eigenen Mittel zu vervielfältigen und dadurch die Folter wirksamer zu bekämpfen, indem er auf Situationen in dauerndem Wandel und auf die sich ändernden Bedürfnisse der Opfer besser und schneller reagiert.

Unter dem Schirm der OMCT gibt es gegenwärtig nicht weniger als 250 Organisationen, die zu den leistungsfähigsten auf ihrem jeweiligen Niveau gehören und die in der gleichen Weise vorgehen und eine gemeinsame Vision von ihrem Kampf für das gleiche Ideal haben.

Das Netzwerk der OMCT ist keine 'Schwatzbude', sondern zum Handeln berufen, und zwar unter bestimmten Bedingungen zum vertraulichen Handeln ohne Medienrummel, der sich häufig in gefährlicher Weise als kontraproduktiv erweist.

Im vorliegenden Bericht wird der Leser greifbare Resultate entdecken, die trotz himmelschreienden Kräfteungleichgewichts, aber dank gemeinsamen Vorgehens im Netzwerk und gegenseitiger Ergänzung der durchgeführten Aktionen erzielt wurden.

Angesichts der ständig zunehmenden Menschenrechtsverletzungen und der Notwendigkeit, sämtliche Aktionen zur Bekämpfung der Folter besser und stärker zu unterstützen, muss die OMCT sich zwangsläufig die entsprechenden Mittel verschaffen, um den Kampf fortzusetzen, in dem sie sich engagiert hat.

[citation]

SOS-Torture : Gegenseitige Unterstützung in einem Netzwerk aus Solidarität und Partnerschaft

Die Weltorganisation gegen Folter entbietet ihren aufrichtigen Dank an :			
für die Unterstützung ihrer Aktivitäten.			

Inhalt

Höhepunkte

- Demokratische Republik Kongo: Die Menschenrechtler organisieren sich
- 2000 ein Jahr wichtiger Veränderungen
- Neue Website: Wichtiges Element des integrierten OMCT-Systems
- Die Nutzung wirtschaftlicher Mechanismen zu Förderung und Schutz der Menschenrechte
- Marokko: Vereinigungsfreiheit zwischen Hoffnung und Wirklichkeit
- 26. Juni 2000: Internationaler Tag der Vereinten Nationen für die Unterstützung von Folteropfern
- Türkei: Versuch der OMCT, eine Kraftprobe in den Gefängnissen zu vermeiden
- Spenderforum: Beurteilung und Perspektiven der Programme zugunsten der Menschenrechte und der demokratischen Rechte
- Israel und Palästina: Fünfte Sondersitzung der Menschenrechtskommission
- UN-Kinderrechtskomitee: Sondertag zum Thema staatlicher Gewalt gegen Kinder
- Strategien zur Foltervorbeugung: Schulung und konzertierte Aktionen
- Verteidigung der gewerkschaftlichen Freiheiten und Rechte

Aktionsprogramme

- Dringlichkeitsappelle: Aktivismus und Technologie
- Opfer: Einzigartiges Programm zur Bewältigung dringlicher und komplexer Probleme
- Kinder: Der lange Weg zur Abschaffung der Folter
- Wenn es um Gewalt gegen Frauen geht, gibt es nur Entwicklungsländer
- Wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte: Angemessene Reaktion auf die eigentlichen und strukturellen Ursachen für massive Verletzungen der politischen und bürgerlichen Rechte
- Rassismus: Von nationaler Präferenz zu Gewalt zwischen ethnischen Gruppen
- Observatorium für den Schutz der Menschenrechtler: Im Zentrum des Orkans

Organigramm

- Beirat
- Internationales Sekretariat
- Vollzugsrat
- Delegiertenversammlung

Höhepunkte

Demokratische Republik Kongo: Die Menschenrechtler organisieren sich

In der Demokratischen Republik Kongo (RDC) gibt es Spannungen und Kämpfe zwischen verschiedenen Gruppen, die eine drastische Zunahme der Menschenrechtsverletzungen mit sich gebracht haben: Kindersoldaten werden gezwungen, Kameraden nach einem summarischen Verfahren zu exekutieren, Schülerinnen werden vergewaltigt, Angehörige von Minderheiten werden getötet oder ermordet, willkürliche Inhaftierungen und Folter sind an der Tagesordnung.

Schon seit dem Ausbruch der Feindseligkeiten bemüht sich die OMCT um den dringend erforderlichen Schutz der am stärksten gefährdeten Mitglieder von Menschenrechtsorganisationen, indem sie deren Umsiedlung in Gastländer fördert (siehe frühere Jahresberichte). Gleichzeitig sorgte das Internationale Sekretariat für die Unterstützung derer, die im Lande bleiben und den täglichen Kampf unter häufig prekären Bedingungen und hohen Risiken fortsetzen.

Im Rahmen dieser Aktivitäten hat die OMCT am nationalen Forum der kongolesischen Menschenrechts-NROs teilgenommen, das vom 21. bis 26. August 2000 in Kinshasa stattfand und die "Nutzung der Erfahrungen aus früheren Foren der Menschenrechts-NROs zwecks Verwirklichung des nationalen Plans für die Beförderung und den Schutz der Menschenrechte und für den Kampf gegen Straflosigkeit in der RDC" behandelte. Dieses Forum - bei dem der UN-Sonderberichterstatter über die Menschenrechtssituation in der Demokratischen Republik Kongo sowie Vertreter des lokalen Büros des UN-Hochkommissars für Flüchtlinge UNHCR anwesend waren - konnte insgesamt 80 Teilnehmer, darunter 37 Delegierte aus den RDC-Provinzen, verzeichnen.

Zu den Ergebnissen der Tagung zählte die Schaffung des Nationalen Netzes der Menschenrechts-NROs in der Demokratischen Republik Kongo "RENADHOC". Die OMCT nimmt diese Neuerung mit grosser Genugtuung zur Kenntnis, werden dadurch doch die nationale Kommunikation beschleunigt und internationale Interventionen erleichtert. Dank verstärkter Zusammenarbeit mit dem Observatorium für den Schutz der Menschenrechtler wird das "RENADHOC" zu besserem Schutz vor Menschenrechtsverletzungen beitragen.

2000 - ein Jahr wichtiger Veränderungen

- Im April 2000 hat die **erste Delegiertenversammlung** der OMCT stattgefunden. Im Einklang mit den Beschlüssen der Generalversammlung 1998 wurde vereinbart, dass angesichts der gestiegenen Mitgliederzahl im Netz SOS-Torture die Generalversammlung nunmehr als Delegiertenversammlung fungiert, welche die gleichen Rechte der früheren Generalversammlung hat. Die Netzmitglieder behalten die Gesamtheit ihrer Rechte, die sie entweder per Briefwahl oder auf ausserordentlichen Vollversammlungen ausüben. Die erste Delegiertenversammlung konzentrierte sich auf eine Reihe von Prioritäten betreffend regionale Aktivitäten und namentlich auf die Notwendigkeit, neue Formen der Aktion zu entwickeln, die dort eingesetzt werden würden, wo Dringlichkeitsappelle entweder unbraucbar oder nicht sehr effizient sind.
- Das Internationale Sekretariat, das in den alten Räumlichkeiten immer stärker aus allen Nähten platzte, ist im Januar 2000 ins Stadtzentrum in die neu geschaffene "Maison des Associations" umgezogen. Dem Umzug gingen intensive Überlegungen voraus, weil sich das Internationale Sekretariat dadurch vom Quartier der internationalen Organisationen entfernt. Letztendlich haben aber die Vorteile den Ausschlag gegeben. Im neuen Domizil, das wie seine französische Bezeichnung besagt für Verbände, Vereine usw. bestimmt ist, haben rund sechzig weitere Organisationen und Vereinigungen ihren Sitz. Das fördert fruchtbaren Gedankenaustausch und Synergien, die sich schon im ersten Jahr vorteilhaft bemerkbar gemacht haben. Dank Unterstützung durch den Kanton und die Stadt Genf kosten die neuen Räumlichkeiten deutlich weniger als die Miete, die OMCT bisher gezahlt hat.
- Seit mehreren Jahren macht sich die OMCT Gedanken zu neuen Kommunikationsstrategien, um die Menschen zu mobilisieren. Dank des aktiven Organisationskomitees und des dynamischen Club des Cent konnte zur Eröffnung der Spielzeit 1999-2000 in der Genfer Comédie eine

Sondervorstellung zugunsten der OMCT stattfinden. Anne Bisang, die Prinzipalin des Theaters, wollte einen Beitrag zu den Aktivitäten des Internationalen Sekretariats leisten. Um die Genfer Bevölkerung anzusprechen und anlässlich des internationalen Tages der Vereinten Nationen zur Unterstützung der Folteropfer wurde dann am 16. Juni 2000 eine neue Initiative lanciert: Herstellung eines Riesenzopfes und Verkauf desselben im Stadtzentrum zugunsten der OMCT-Programme. Die Art des Events und die Verflechtung der Stränge dieser Genfer Spezialität sollten die Stärke von Solidaritätsnetzwerken symbolisieren. Der **Aktionstag** bot Gelegenheit zu fruchtbarem Gedankenaustausch mit der Bevölkerung und weckte auch beträchtliches Interesse bei den Medien.

Neue Website: Wichtiges Element des integrierten OMCT-Systems

Schon seit ihrer Gründung hat sich die OMCT stets auf Spitzentechnologie gestützt, um Informationen aus ihrem Netz möglichst schnell zu verbreiten. Die exponentielle Zunahme der Dringlichkeitappelle hat die Organisation veranlasst, die Adressatengruppe besser zu definieren und ganz allgemein den angesprochenen Personenkreis zu erweitern. Zu diesem Zweck wurden neue Mechanismen entwickelt, die von Jahr zu Jahr verbessert werden. Dank einer neuen Datenbank kann nunmehr eine ganze Reihe von Operationen automatisiert werden, so dass nicht nur die Arbeit der Verfasser dieser Appelle erheblich erleichtert wird, sondern auch die Einordnung und Analyse grosser Informationsmengen pro Einzelfall unterstützt werden.

Sodann wurde in Zusammenarbeit mit dem Internationalen Bund Freier Gewerkschaften (IBFG) eine neue Website entworfen und realisiert). Das Originelle an ihr ist die Integration der Datenbanken, welche die OMCT in den letzten Jahren aufgebaut hat. Dank dieser Integration können die in den diversen Programmen verarbeiteten Informationen in Echtzeit kommuniziert werden, ohne dass sie nochmals erfasst werden müssen. Die OMCT will auf diese Weise einen grösseren Personenkreis erreichen, die Wirkung ihrer Dringlichkeitsappelle steigern und alle sachdienlichen Informationen binnen kürzester Frist verbreiten.

Die Nutzung wirtschaftlicher Mechanismen zu Förderung und Schutz der Menschenrechte

Mit dem 1995 eingerichteten Prozess von Barcelona wird erstmals auf regionaler Ebene der Versuch gemacht, Mechanismen einzuführen, die von ein und demselben Instrument ausgehend versuchen sollen, für die Länder des Mittelmeerraums demokratische Entwicklung, besseren Schutz der Menschenrechte und zugleich dauerhaften Wohlstand sowie die für unterschiedliche Gesellschaften unverzichtbare Sicherheit zu gewährleisten.

Im Vorfeld der Interministeriellen Konferenz, die am 15. und 16. November in Marseille stattfand, und des mit dieser gekoppelten Zivilen Forums (10.-12. November 2000) veröffentlichte die OMCT den Bericht "Droits de l'Homme dans la Région Euro-Méditerranéenne et Processus de Barcelone" (etwa: "Die Menschenrechte im Mittelmeerraum und der Barcelona-Prozess"), der eine Zusammenfassung der Menschenrechtssituation in bestimmten Partnerländern (Algerien, Ägypten, Israel, Palästina, Tunesien und Türkei) enthält. Der Bericht gibt nicht nur einen Überblick über die wichtigsten beunruhigenden Punkte sowie die Entwicklung im Mittelmeerraum, sondern wartet auch mit konstruktiven Passagen auf, in denen zur Realisierung der Menschenrechtsaspekte des Prozesses von Barcelona diverse Wege aufgezeigt und Anregungen ausgesprochen werden.

Im Rahmen der Interministeriellen Konferenz beteiligte sich die OMCT auch – mit Amnesty International, Artikel XIX, der Internationalen Vereinigung der Menschenrechtsligen (FIDH), Human Rights Watch, Penal Reform International, Reporter ohne Grenzen und dem Menschenrechtsnetz im Mittelmeerraum (REMDH) – an der Abfassung eines "Weissbuches", in dem die Bilanz von fünf Jahren Menschenrechtspartnerschaft im Mittelmeerraum dargelegt wurde.

Marokko: Vereinigungsfreiheit zwischen Hoffnung und Wirklichkeit

Premierminister Abderrahman Youssoufi, ehemaliges Ratsmitglied der OMCT, nahm am 27. Juni 2000 an einem von der OMCT veranstalteten Diner mit anschliessender Diskussion teil, in deren Verlauf er eine Bilanz der bedeutenden Fortschritte zog, die bei der Förderung und dem Schutz der Menschenrechte in seinem Land zu verzeichnen sind.

"Liberté d'association" ("Vereinigungsfreiheit") lautete das Thema eines Seminars, das vom 5. bis 7. November 2000 in Casablanca stattfand. Zu den Teilnehmern zählten NROs aus dem Maghreb und dem Nahen Osten sowie leitende Persönlichkeiten internationaler Organisationen, die u.a. von OMCT und FIDH die eingeladen worden waren, um ihre Strategien zum Schutz der Menschenrechtler darzulegen. Dieses Treffen bot Gelegenheit zu konkreter Unterstützung der am stärksten bedrohten Organisationen aus der Region, namentlich in Tunesien und Algerien. Von einigen marokkanischen Vereinigungen war zu hören, dass trotz unleugbarer Fortschritte unter der Regierung Youssoufi - vor allem dank der Aktionen von NROs – das Recht der freien Meinungsäusserung weiterhin gewissen Einschränkungen unterliegt. Der Direktor der OMCT hatte Gelegenheit zu Stellungnahmen in Fernsehen, Funk und Presse des Landes, um daran zu erinnern, dass seine Organisation zwar mit Genugtuung die Garantien zur Kenntnis nehme, die nunmehr in der marokkanischen Gesetzgebung auf die Achtung der Menschenrechte abstellen, dass die OMCT sich aber auch wünsche, die einschlägigen gesetzlichen Bestimmungen mögen in allen Fällen – also ebenfalls in der Armee und in der Saharafrage – Anwendung finden.

26. Juni 2000 : Internationaler Tag der Vereinten Nationen für die Unterstützung von Folteropfern

Die sechs wichtigsten internationalen NROs, die gegen Folter kämpfen und sich in der Coalition of International NGOs Against Torture (CINAT) zusammengeschlossen haben - Amnesty International (AI), Association pour la Prévention de la Torture (APT), Internationaler Rat für die Rehabilitierung von Folteropfern (IRCT), Fédération Internationale de l'Action des Chrétiens pour l'Abolition de la Torture (FI.ACAT), Redress Trust und Weltorganisation gegen Folter (OMCT), hatten beschlossen, den 26. Juni mit verschiedenen Veranstaltungen auf nationaler und internationaler Ebene feierlich zu begehen. Dieser konzertierten Aktion im Zusammenhang mit den von den Mitgliedern durchgeführten Sensibilisierungs- und Schutzkampagnen war beachtlicher Erfolg beschieden, und mehrere Regierungen haben diesen Geist der Solidarität zwischen NROs begrüsst.

Anlässlich dieses Aktionstages hat Mary Robinson, die UN-Hochkommissarin für Menschenrechte, Helen Bamber, die Leiterin der Medical Foundation, und OMCT-Direktor Eric Sottas eingeladen, an der Feier das Wort zu ergreifen, die mit Unterstützung des UN-Fonds freiwilliger Zuwendungen für Folteropfer ausgerichtet wurde.

In seinem Beitrag erinnerte der Direktor der OMCT daran, dass "es zwar entscheidend ist, dass Folteropfern entsprechend den erlittenen physischen und moralischen Verletzungen unverzüglich geholfen wird, dass aber auch gewährleistet sein muss, dass sie in den Genuss wirklicher Wiedergutmachung kommen. Und das bedeutet nicht nur Rehabilitierung und angemessene Entschädigung, sondern auch Wiedereingliederung in den sozialen Rahmen und Bestrafung des Urhebers."

[photo Mary Robinson et Eric]

Türkei: Versuch der OMCT, eine Kraftprobe in den Gefängnissen zu vermeiden

Seit Beginn der Hungerstreikbewegung in den türkischen Gefängnissen (20. Oktober 2000) hat die OMCT die unmenschlichen Haftbedingungen in der Türkei, einem Land mit mehr als 11'000 politischen Gefangenen, angeprangert. Das Internationale Sekretariat hat verkündet, dass die Einzelzellen den internationalen Normen widersprechen, und den UN-Sonderberichterstatter für die Folter auf die explosive Situation aufmerksam gemacht, die in den Gefängnissen herrscht.

Im November 2000 entsandte die OMCT eine Mission vor Ort zu einem Treffen mit Vertretern diverser türkischer Menschenrechts-NROs und den bei den Gerichten in Ankara und Istanbul zugelassenen Rechtsanwälten. Zweck des Treffens war die Beurteilung der Haftbedingungen angesichts der

Einführung der neuen Gefängnisse des Typs F. Die Insassen befürchteten nämlich, dass die neuen Haftbedingungen die Gefahr von Folter und Misshandlungen vergrössern würden.

Leider zeigten sich die türkischen Behörden unnachgiebig. Daraufhin radikalisierten sich die Streikenden in den nachfolgenden Wochen, was am 19. Dezember 2000 zu Zusammenstössen führte. Durch das Eingreifen der Ordnungskräfte in ungefähr zwanzig Gefängnissen kamen 31 Häftlinge und 2 Polizisten zu Tode.

Spenderforum : Beurteilung und Perspektiven der Programme zugunsten der Menschenrechte und der demokratischen Rechte

In Zusammenarbeit mit dem österreichischen Aussenministerium und dem Open Society Institute hat die OMCT am 21. Januar 2001 ein Forum für Spender veranstaltet um zu erfahren, welchen Auswahlkriterien die Zuweisung von Zuwendungen unterliegt. Wie die OMCT im Einladungsschreiben erläuterte, sollten auf diesem Forum nicht über die Vergabe finanzieller Unterstützungen diskutiert, sondern vielmehr Überlegungen zu den diversen Problemen angestellt werden, vor denen heutzutage die Geldgeber ebenso wie die Empfänger im Rahmen ihrer Aktivitäten stehen.

Die Konzentration der Finanzierung in einigen wenigen Händen, die Forderung von immer mehr Regierungen in der südlichen Hemisphäre, konsultiert zu werden oder sogar jeder Überweisung an eine im Land ansässige NRO zustimmen zu können, die häufige Änderung der Zuweisungskriterien (zweckgebundene Mittel, Mittel für allgemeine Aktivitäten) – all dies benachteiligt die Organisationen vor Ort und behindert die Zusammenarbeit zwischen NROs, die sich in der Situation gegenseitiger Konkurrenz wiederfinden.

Ziel des Seminars, an dem die wichtigsten Geldgeber aus Europa und Nordamerika teilnahmen, war nicht die Ausarbeitung eines verbindlichen Programms. Es sollte vielmehr die Gelegenheit geboten werden, sich über die jeweils eingeschlagene Politik auszutauschen und einige Zeugen -. namentlich aus Asien und Afrika - anzuhören, deren Lageberichte als treffende Beispiele für die Situation von Hunderten anderer NROs gelten konnten.

Die OMCT hofft mit dieser Initiative zur Funktionsfähigkeit der lokalen NROs beitragen zu können, die den Opfern am nächsten, allen Risiken und Gefahren am stärksten ausgesetzt und am schlechtesten gerüstet sind. Gleichzeitig hofft die OMCT, die Abstimmung zwischen regionalen und internationalen Netzwerken verbessern und auf lange Sicht die von den Menschenrechtsorganisationen gemeinsam ergriffenen Initiativen unterstützen zu können..

Israel und Palästina: Fünfte Sondersitzung der Menschenrechtskommission

Zur Sondersitzung der Menschenrechtskommission (17.-19. Oktober 2000), die sich mit den erneuten Gewaltausbrüchen in den besetzten palästinensischen Gebieten befasste, präsentierte die OMCT eine konzertierte Stellungnahme mit ihren israelischen und palästinensischen Partnern (u.a. Public Committee Against Torture in Israel/PCATI, Palestinian Society for the Protection of Human Rights and the Environment/LAW und Palestinian Human Rights Monitoring Group/PHRMG).

Diese Stellungnahme enthielt einige Punkte, über die bereits auf der vom 3. bis 8. Juni 2000 von LAW in Jerusalem organisierten Konferenz diskutiert worden war, an der auch die OMCT sowie die meisten der in der Region tätigen internationalen Organisationen teilgenommen hatten. Besonders nachdrücklich wurde auf die Probleme verwiesen, die sich aus der Konfrontation der vergangenen Wochen ergeben, und abschliessend verlangte die OMCT:

- von Israel, die übertriebene und unverhältnismässige Gewaltanwendung gegen die palästinensische Zivilbevölkerung einzustellen;
- von der palästinensischen Autonomiebehörde, alle Fälle von Gewalt in den palästinensischen Autonomiegebieten seit Beginn der Zusammenstösse und namentlich das Lynchen israelischer Soldaren unabhängig und unparteiisch zu untersuchen;

 von der Menschenrechtskommission, einen unabhängigen Untersuchungsausschuss mit der Aufgabe zu betrauen, sämtliche seit dem 28. September 2000 in Israel und den besetzten Gebieten begangenen Menschenrechtsverletzungen zu überprüfen und die Ergebnisse zu veröffentlichen, damit die Verantwortlichkeiten festgestellt sowie Modalitäten, um die Verantwortlichen vor Gericht zu stellen, vorgeschlagen und die Opfer entschädigt werden können.

Die von der Menschenrechtskommission im Anschluss an diese Sondersitzung verabschiedete Entschliessung S-5/1 (E/2000/112-E/CN.4/s-5/5) fordert denn auch die Schaffung eines unabhängigen Untersuchungsausschusses mit der Aufgabe, die Menschenrechtsverletzungen seit Beginn der Zusammenstösse zwischen Israelis und Palästinensern in den besetzten Gebieten zu untersuchen.

UN-Kinderrechtskomitee: Sondertag zum Thema staatlicher Gewalt gegen Kinder

Diesem Thema widmete das Kinderrechtskomitee den Tag des 11. September 2000 für Diskussionen, an denen zahlreiche Regierungen, UN-Organisationen, internationale Organe und NROs teilgenommen haben. Die OMCT, die seit einigen Jahren fordert, dieses Problem möge auf die Tagesordnung des Komitees gesetzt werden, legte eine schriftliche Abhandlung der diversen Aspekte dieses Problems vor, in der vor allem die dringende Notwendigkeit unterstrichen wurde, im Rahmen der Vereinten Nationen besondere Einrichtungen zu schaffen, die individuelle Meldungen betreffend Minderjährige entgegennehmen und sachgerecht bearbeiten könnten.

Die Kinderrechtskonvention gestattet weder die Kommunikation noch auch nur die Brandmarkung konkreter Verstösse gegen Kinder. Die Zuständigkeit des Kinderrechtskomitees beschränkt sich auf die Beurteilung, ob und wie die in der Konvention enthaltenen Grundsätze in nationale Gesetzgebungen Eingang gefunden haben. Aus diesem Grund müssen die NROs warten, bis das Komitee sich mit dem von den Signatarstaaten vorgelegten Bericht befasst, um allgemeine Kommentare mit dem Ziel zu erarbeiten, das positive Recht des jeweils betroffenen Staates zu verbessern. Zwar gibt es mehrere Anlaufstellen für Meldungen betreffend namentlich Folter, "Verschwindenlassen" und summarische Hinrichtungen, die auch Kindern und den NROs zugänglich sind, die sich für sie einsetzen, doch können sie sich aufgrund ihrer sehr breit gefächerten Kompetenzen mit der besonders gefährdeten Gruppe der Kinder nicht unter hinreichender Berücksichtigung ihrer Spezifizität befassen. Es ist daher notwendig, einen Ad-hoc-Mechanismus zu einzurichten.

Die OMCT, die seit einigen Jahren Alternativberichte zu den staatlichen Berichten vorlegt, welche unter dem Aspekt gesichtet werden, den gesetzlichen Schutz der Kinderrechte zu verbessern, stellt mit Genugtuung fest, dass das Kinderrechtskomitee dank seiner intensiven Beschäftigung mit den Problemen der Folter und anderer grausamer, unmenschlicher oder erniedrigender Strafen oder Behandlungen eine stetige Verbesserung der diesbezüglichen Gesetzgebung gewährleistet.

Strategien zur Foltervorbeugung : Schulung und konzertierte Aktionen

In diesem Sinn hat die OMCT Programme in zwei Regionen aufgelegt – in Osteuropa, wo die Konflikte auf dem Balkan und in Tschetschenien die Haltung der Polizeikräfte noch verhärtet haben, und in Lateinamerika, namentlich in Kolumbien, wo ein Bürgerkrieg wütet.

Nach einer Sondierung, in deren Verlauf eine Reihe von Mängeln bei den Einrichtungen für die Vorbeugung und Bekämpfung der Folter festgestellt wurden, hat die aus dem Polizeibereich stammende Koordinatorin des Europaprogramms Begegnungen in Polen, Bulgarien und Rumänien organisiert und an Ermittlungen in anderen Ländern, namentlich in Slowenien, teilgenommen. Die mit den nationalen Polizeibehörden veranstalteten Seminare und Studientage mündeten in die Abfassung von Handbüchern, welche die Schulung der Ordnungskräfte verbessern und in diesem Rahmen die Bemühungen um einen besseren Schutz der Rechte aller verdächtigen, angeklagten und verurteilten Personen stärken helfen sollen.

In Lateinamerika wurde die OMCT von Armee und Polizei eingeladen, sich an Schulungstagungen und -seminaren zu beteiligen. Für die bewaffneten Streitkräfte fand am 12. Mai 2000 in Genf ein

Treffen mit den neu ernannten Chefs (Promotion 2000) statt. Der OMCT-Beitrag beschäftigte sich mit der Achtung und dem Schutz der Menschenrechte in einem bewaffneten Konflikt. In den Diskussionen mit den Generälen und Obersten, die den Kampf gegen Guerilla und Selbstverteidigungstruppen (paramilitärische Gruppen) führen, verwies die OMCT auf eine Reihe von Problemen, die durch die Untersuchungsmission ihres stellvertretenden Direktors im Namen des Observatoriums für den Schutz der Menschenrechtler zutage getreten waren, und forderte, den Mannschaften eindeutige Instruktionen zu erteilen, um den von ihnen begangenen oder tolerierten Ausschreitungen ein Ende zu bereiten.

Von der kolumbianischen Polizei wurden mehrere nationale Menschenrechts-NROs und die OMCT zur Teilnahme an einem Schulungskurs eingeladen, der im Dezember 2000 in Medellin stattfand und für deren Kader bestimmt war. In den Schlussfolgerungen des Treffens übernehmen mehrere Empfehlungen und Anweisungen Anregungen der OMCT.

Verteidigung der gewerkschaftlichen Freiheiten und Rechte

Ganz besondere Aufmerksamkeit widmet die OMCT seit ihrer Gründung der Vereinigungsfreiheit (namentlich den Gewerkschaftsrechten), ist diese doch Garantin für den Schutz der Mitglieder der Zivilgesellschaft vor Willkür. Auf der 11. Tagung des Komitees für Menschen- und Gewerkschaftsrechte des Internationalen Bundes Freier Gewerkschaften (IBFG) am 24. Juni 2000 stand die Organisation oder Fortsetzung von Kampagnen zur Situation der Gewerkschaftsrechte im Mittelpunkt der Diskussionen.

Der IBFG, Gründungsmitglied der OMCT, hatte sich gewünscht, die OMCT möge an dieser wichtigen Tagung teilnehmen – eine Premiere, da das Komitee bisher ausschliesslich gewerkschaftlichen Organisationen offen stand. Anerkennung also für die Rolle unserer Organisation in allen Sparten der Menschenrechte, einschliesslich der Gewerkschaftsrechte und -freiheiten, und ein eindrücklicher Beweis für die engen Bande zwischen beiden Organisationen und ihren festen Willen, die Zusammenarbeit fortzusetzen und zu vertiefen.

Das Komitee hat u.a. eine Entschliessung angenommen mit der Aufforderung an den "Generalsekretär, eine allen Mitgliedern gemeinsame Strategie mit dem Ziel zu entwickeln, dass alle aufgrund ihrer Tätigkeit mit Drohungen oder Gewalt konfrontierten AktivistInnen von den Regierungen und der internationalen Gemeinschaft als Verteidiger der Menschenrechte [angesehen] werden, sowie alle erforderlichen Massnahmen zu ergreifen, um in Zusammenarbeit mit den betreffenden NROs für diese Gewerkschafter einen wirksamen Schutz zu gewährleisten ".

Diese wichtige Entschliessung wird direkte Auswirkungen auf die Arbeit der OMCT - insbesondere im Rahmen des Observatoriums für den Schutz der Menschenrechtler - haben.

Dringlichkeitsappelle: Aktivismus und Technologie

"(...) Hiermit bestätige ich, dass es sich um diesen Mann handelt und dass er an dem Ort inhaftiert ist, den wir in unseren früheren Mitteilungen angegeben haben. Nach unseren Informationen ist er dank der Dringlichkeitsappelle begnadigt worden, welche die OMCT dem turkmenischen Präsidenten Nijasow übermittelt hat."

Kirgisisches Menschenrechtskomitee, Mitglied des Netzwerks SOS-Torture

Über das Netzwerk SOS-Torture, das aus etwa 250 nationalen, regionalen und internationalen NROs besteht, konnte die OMCT im Jahr 2000 in mehr als 183 Fällen in XX Ländern intervenieren. Die Fälle und Situationen, mit denen sich das Internationale Sekretariat befasst hat, betrafen über XX Personen, die entweder direkt gefährdet waren oder ihre grundlegenden Rechte und Freiheiten gefährdet sahen. Abgesehen von Bedrohungen und Verletzungen, die Einzelpersonen betrafen, musste die OMCT in XX Fällen eingreifen wegen direkter Angriffe auf Vereinigungen und Organisationen, deren Aktivitäten, Unabhängigkeit oder gar Existenz gefährdet waren.

Das Programm der Dringlichkeitskampagnen wurde 1986 eingeführt als Antwort auf die Bedürfnisse der lokalen Menschenrechts-NROs auf der ganzen Welt, um deren Bemühungen im Kampf gegen Folter und andere schwere Menschenrechtsverletzungen zu stärken und zu unterstützen.

Dringlichkeitsappelle haben im wesentlichen zum Ziel:

- Folter und anderen schweren Menschenrechtsverletzungen vorzubeugen und diese zu verhindern;
- angeprangerten Verstössen ein Ende zu bereiten;
- die Straflosigkeit der Urheber zu bekämpfen;
- für die Opfer eine angemessene Wiedergutmachung zu erreichen.

Wichtigste Voraussetzung für die Vermeidung schwerer Menschenrechtsverletzungen ist die Fähigkeit, unverzüglich zu reagieren. Die Reaktion muss die öffentliche Meinung mobilisieren und im Zuge eines Schneeballeffekts Reaktionen nationaler, regionaler oder internationaler Behörden sowie einschlägiger institutioneller Mechanismen auslösen.

Dank Solidarität, Kooperation und Stärke der NROs, die das - weltweit unerreichte - Netzwerk SOS-Torture ausmachen und die wichtigste Stütze für die Aktivitäten des Internationalen Sekretariats und insbesondere der Dringlichkeitskampagnen darstellen, bieten letztere einen positiven Ansatz zum Umgang mit derartigen Herausforderungen. Seine Kraft bezieht das Netzwerk SOS-Torture aus der Vielfalt der Organisationen, aus denen es sich zusammensetzt: "Traditionelle" Menschenrechtsorganisationen und Fachgremien aller Art (z.B. Gewerkschaften, Bauern-, Anwalts-Ärzteverbände und/oder Gruppen, welche die Grundrechte von Frauen und Kindern verteidigen).

Rasch und zielstrebig

Wirkung zeigt eine Intervention nur, wenn sie sachdienlich, gezielt und schnell erfolgt. Diese tagtägliche Herausforderung kann dank der Partnerschaft zwischen den NROs, die Mitglieder des Netzwerks SOS-Torture sind, und dem Internationalen Sekretariat bestanden werden.

Die Aufgabe der Netzwerkmitglieder, in erster Linie der nationalen NROs, besteht darin, Menschenrechtsverletzungen oder das Drohen derselben zu identifizieren, die betreffenden Informationen zu beurteilen und zu überprüfen und erforderlichenfalls eine spezifische Art der Intervention anzuregen. Das Internationale Sekretariat seinerseits begleitet und unterstützt allfällige Initiativen, identifiziert die fallspezifisch geeigneten regionalen und internationalen Prozeduren und Mechanismen und führt eine konzertierte Aktion mit dem Ziel durch, die – nach Tätigkeitsbereich und der Fähigkeit zu wirksamem Handeln ausgewählten – Adressaten so zu sensibilisieren, dass eine zweckdienliche Intervention gewährleistet ist und rasch eine positive Lösung gefunden wird.

Um dies zu erreichen, ist es von entscheidender Bedeutung, zum einen über präzise vom Netzwerk SOS-Torture dokumentierte und überprüfte Fakten zu verfügen, zum anderen aber auch für eine

unverzügliche – zugleich weite und gezielte – Verbreitung der betreffenden Informationen bei denjenigen zu sorgen, die vielleicht sachdienlich intervenieren können. Die Aktionen müssen ferner so konzipiert sein, dass sie Hindernisse überwinden, welche die Verbreitung und sachgemässe Verarbeitung der Informationen hemmen könnten.

Die Dringlichkeitskampagnen sind auch heute noch die eigentliche Daseinsberechtigung der OMCT und legen weiterhin Zeugnis ab von dem enormen Potenzial des Netzwerks SOS-Torture.

Die Aufgabe der Technologie : Stetige Effizienzsteigerung

Besonders stark hat sich die OMCT im Jahr 2000 dafür interessiert, wie sich das Programm der Dringlichkeitskampagnen stärken und damit seine Effizienz und sein Stellenwert erhöhen liessen. So wurde die neue OMCT-Website eingeweiht, welche die 1999 erstellte proaktive Datenbank ergänzt. Beide zusammen sollen das Programm der Dringlichkeitskampagnen durch Optimierung der Prozeduren für die Bearbeitung der vorhandenen Fälle vervollständigen und unterstützen.

Die Datenbank umfasst eine Reihe von Funktionen, die der OMCT eine logische und fortlaufende Verfolgung der anliegenden Fälle gestatten:

- Durch die Erfassung der Fälle werden zwei automatische Hinweise aktiviert: einer bezieht sich auf die Frist, innerhalb der die Behörden auf eine ihnen zugestellte Eilmeldung reagieren sollten, der zweite bedeutet (wenn sich die Behörden in Schweigen hüllen), dass ihnen eine Erinnerung zugeleitet werden muss, um allfällige Entwicklungen in Erfahrung zu bringen.
- Die Datenbank ermöglicht es der OMCT, Informationen in grosser Menge zu den von ihr bearbeiteten Fällen von Menschenrechtsverletzungen zu verzeichnen und zu analysieren. Diese "Speicherung" hat grundsätzliche Bedeutung und gestattet der OMCT, Schnellübersichten (z.B. nach Opferkategorien) zusammenzustellen. Diese Zusammenstellungen erweisen sich als wichtiges Druckmittel gegenüber den Behörden.

In einem weiteren Rahmen kann die OMCT dank der Datenbank erneut intervenieren und darauf achten, dass die von den Regierungen verlangten Massnahmen auch konkrete Folgen zeitigen.

Da die Beziehungen zwischen dem Internationalen Sekretariat und dem Netzwerk SOS-Torture von ausschlaggebender Bedeutung für die qualitative und quantitative Verbesserung des Programms der Dringlichkeitskampagnen sind, geniesst die ständige Berücksichtigung der Bedürfnisse der Netzwerkmitglieder absolute Priorität.

[en bloc]

"Ich möchte Ihnen mitteilen, dass XXX dank Ihrer Bemühungen am Freitag freigelassen worden ist (...)"

Menschenrechtsorganisation Bahrain, Mitglied des Netzwerks SOS-Torture

"Als Anhang finden Sie die Liste der Dringlichkeitsappelle der OMCT und des Observatoriums, auf die wir geantwortet haben. Faxe und E-Mails senden wir systematisch an die obersten Behörden des betreffenden Landes, an dessen Botschaft in Frankreich und an einen oder zwei weitere Adressaten, die in der Liste angegeben sind. Wir bemühen uns, eine Frist von höchstens drei Tagen zwischen dem Erhalt Ihres Appells und dem Absendedatum nicht zu überschreiten."

Agir Ensemble pour les Droits de l'Homme, Mitglied des Netzwerks SOS-Torture

Der aufrichtige Dank der Weltorganisation gegen Folter geht an die :		
Regierung der Niederlande		
für die Unterstützung des OMCT-Programms für Dringlichkeitsappelle.		

Opfer: Einzigartiges Programm zur Bewältigung dringlicher und komplexer Probleme

Auf allen Kontinenten haben Folteropfer dringende Bedürfnisse. Sie brauchen ärztliche Behandlung aufgrund ihres Zustands, sie müssen überstürzt das Land verlassen, in dem sie bedroht sind, oder als Asylbewerber die Rücksendung in das Ursprungsland vermeiden, wo ihnen Folter droht – jedenfalls brauchen sie eine unverzügliche, nützliche und sachliche Reaktion auf ihre Bedürfnisse. Viele von ihnen wissen nun aber nichts von der Existenz spezieller Zentren für die Behandlung von Folteropfern, sie haben nicht die nötigen finanziellen Mittel, oder sie stossen auf Ablehnung bei Organismen, die Einzelpersonen keine Mittel zur Verfügung stellen.

Mit dem Eilhilfeprogramm für Folteropfer sollen diese und ähnliche Hindernisse überwunden werden. Die OMCT wird täglich in dringenden Fällen nicht nur im juristischen Bereich tätig, sondern gewährt auch soziale oder medizinische Hilfe. Da sie aber nicht auf die Behandlung von Folteropfern spezialisiert ist, verpflichtet sie sich zu punktueller Hilfe, um die Anfangskosten einer Hospitalisierung oder irgendeiner anderen Behandlung zu decken. Diese Notfallhilfe ist zwar begrenzt, gibt aber häufig den Ausschlag, da sie direkt und sofort gewährt wird.

Seit der Schaffung des Nothilfefonds für Folteropfer hat sich die Zahl der Unterstützungsanträge stetig erhöht. Das beweist, dass dieses Programm eine Antwort auf echte Bedürfnisse bietet, die anderweitig nicht abgedeckt sind. 1993 kamen 63 Opfer aus 15 Ländern in den Genuss der Unterstützung durch die OMCT, im Jahr 2000 waren es schon 233 Opfer aus Bangladesch, Brasilien, Burundi, Kamerun, Kolumbien, Ägypten, Guinea, Haiti, Iran, Liberia, Libyen, Nigeria, Uganda, der Demokratischen Republik Kongo, Pakistan, Sierra Leone, Somalia, Sudan, Syrien, Tschad, Tschetschenien, Tunesien und Uruguay, denen medizinische, soziale und/oder juristische Hilfe zuteil wurde.

"Unendlichen Dank für Ihre Bemühungen und Unterstützung im Zusammenhang mit meinem Asylantrag. Der INS hat mein Asylgesuch am 29. März positiv entschieden, (...). Ihre Unterstützung während dieser ganzen Zeit habe ich ausserordentlich hoch geschätzt." April 2000, ein Opfer aus Nigeria

Juristische Hilfe

1999 leistete die OMCT juristische Hilfe für eine Mutter aus Kolumbien, die mit ihren drei Kindern - einer 1975 geborenen Tochter und Zwillingsbrüdern (1982) - in ein europäisches Land geflüchtet war. Die Frau, Gewerkschaftschefin und mit einem Guerillaführer verheiratet, hatte mit ihren Kindern aus Kolumbien fliehen müssen, um der gegen sie entfachten Repression und der Bedrohung ihrer Kinder zu entkommen.

Die OMCT war seinerzeit bei den zuständigen Behörden des Aufnahmelandes vorstellig geworden, um die im Herkunftsland der Flüchtlinge herrschende Situation zu dokumentieren (Todesdrohungen, Morde, "Verschwindenlassen") und nachzuweisen, dass diese mit derjenigen übereinstimmte, die in Artikel 3 der Konvention gegen Folter und andere grausame, unmenschliche oder erniedrigende Strafen oder Behandlungen beschrieben ist und daher eine Abweisung untersagt.

Wie in anderen ähnlichen Fällen sah sich die OMCT auch veranlasst, die Situation der Betroffenen seit ihrer Ankunft in dem Land zu dokumentieren, in dem sie politisches Asyl beantragt hatten, da die für diesen Fall zuständigen Behörden seit mehreren Jahren weder eine Entscheidung gefällt noch irgendeine ergänzende Untersuchung durchgeführt hatten. Diese Verhaltensweise erwies sich für die Betroffenen als ganz besonders traumatisch, konnten sie doch keinerlei Pläne schmieden und waren überdies mehr oder weniger eingesperrt in Sammelstellen für Asylbewerber.

Im Januar 2000 setzte die OMCT ihre Bemühungen bei den zuständigen Behörden fort, damit binnen kürzester Frist eine Entscheidung über die eingereichten Asylanträge getroffen werde. Es stand nämlich zu befürchten, dass der wie in anderen ähnlichen Fällen erkennbare und ohne triftigen Grund verschleppte Entscheidungsprozess die von Mutter und Kindern unternommenen

Integrationsbemühungen wieder zunichte machen würde. Gleichzeitig führte der Direktor der OMCT mehrere Gespräche mit der Mutter.

Im Mai 2000 erhielt die kolumbianische Mutter mit ihren drei Kindern endlich politisches Asyl.

Medizinische Hilfe

Die OMCT übernahm die Behandlungskosten für einen 1979 geborenen Kameruner, der während seiner Inhaftierung in einer Zelle auf dem Militärstützpunkt Bonanjo – im Volksmund auch "Kosovo" genannt – bei Douala gefoltert worden war. Er erhielt Hiebe auf die Fusssohlen und Schläge mit dem Gewehrkolben, er wurde mit dem Tode bedroht, und ausserdem wurden ihm Nahrung, medizinische Behandlung und das Besuchsrecht vorenthalten.

Der junge Mann wurde am 23. August 2000 vom Operativen Kommando willkürlich verhaftet, bis zum 12. September 2000 festgehalten und dann ohne jegliche Strafverfolgung wieder freigelassen. Er leidet unter schweren Folterfolgen (Trauma im Rücken und an der linken Flanke, Kreuzschmerzen, schmerzhaftes Weichteilödem mit Wärmeabstrahlung in der Lumbosakralgegend, schmerzhafte Anschwellung der linken Flanke in Lendenhöhe) und musste sich aufgrund seines Allgemeinzustands einem chirurgischen Eingriff unterziehen.

Nach verschiedenen Behandlungen berichtete das Netzwerkmitglied, das ursprünglich Hilfe angefordert hatte, der OMCT am 29. November 2000, der junge Mann sei wieder gesund und habe das Krankenhaus in Douala am 21. November 2000 verlassen.

"Eine etwas überflüssige E-Mail, um Dir zu bestätigen, dass ich XXX von der Bereitschaft der OMCT informiert habe, die Arztkosten für den jungen XXX zu übernehmen. Es ging mir vor allem darum, ihnen nochmals zu danken. Die OMCT ist schon eine tolle Einrichtung!"

Agir Ensemble pour les Droits de l'Homme, Mitglied des Netzwerks SOS-Torture

Soziale Hilfe

Im Juni 2000 wurde die OMCT von einer Wohltätigkeitsorganisation angesprochen und gefragt, ob sie die Evakuierungskosten für die 1993 geborenen Drillinge einer 1959 geborenen Frau aus dem Tschad übernehmen würde, die in einem europäischen Land Asyl beantragt hatte.

Diese ehemalige Parlamentarierin, die eine nationale Menschenrechtsbewegung in ihrem Heimatland aus der Taufe gehoben hatte, musste wegen der grossen Schwierigkeiten und heftigen Drohungen fliehen, denen sie aufgrund ihrer Aktivitäten ausgesetzt war. Dabei musste sie zwar ihre Kinder zurücklassen, konnte aber aus Furcht vor Repressalien gegen sie deren Flucht in ein Nachbarland organisieren und sie - dank einer Erlaubnis zur Familienzusammenführung – in das europäische Land nachkommen lassen, in dem sie ihren Asylantrag eingereicht hatte.

Die OMCT beschloss daraufhin, die Kosten für die Flugtickets der drei Kinder zu übernehmen.

Auf dem Weg zu Gleichheit zwischen Mann und Frau

Als wichtigstes NRO-Netz für den Kampf gegen die Folter konnte die OMCT weder die Augen vor der Gewalt gegen Frauen – Folter inbegriffen – verschliessen noch sich nicht dafür einsetzen, Aktionen zu entwickeln, um nicht nur Verstössen dieser Art ein Ende zu bereiten, sondern auch deren Opfern zu helfen

Im Bereich der Nothilfe für Folteropfer hat die OMCT in den letzten Jahren denn auch bei Fällen von Gewalt – einschliesslich Folter sowie anderweitiger grausamer, unmenschlicher oder erniedrigender Behandlung – interveniert, die speziell Frauen und Mädchen betrafen. Besonders erfolgreich waren die Interventionen der OMCT in Fällen betreffend die Verstümmelung der weiblichen Geschlechtsorgane. In zwei Ländern - den USA und Frankreich - gelang es ihr, Gerichte davon zu

überzeugen, dass die Gefahr der Beschneidung einen ausreichenden Grund darstellt, um die Abweisung nicht nur der bedrohten Mädchen, sondern auch von deren Familie zu verhindern.

Im Jahr 2000 leistete die OMCT medizinische und juristische Hilfe für 55 Säureopfer in Bangladesch, die schwere Entstellungen im Gesicht und Verletzungen an anderen Körperteilen erlitten hatten. Als die ersten Hilfegesuche für Frauen und Kinder eintrafen, die mit Säure attackiert worden waren, vertrat der OMCT-Rat zunächst die Ansicht, dass diese Verbrechen unter das positive Recht von Bangladesch und direkt in den Aufgabenbereich der eigenen Organisation fallen, die sich mit Folter, summarischen Exekutionen, "Verschwindenlassen" und anderen schweren Verstössen dieser Art befasst, welche von Vertretern des Staates oder mit dessen Zustimmung begangen werden.

Aus einer erschöpfenden Dokumentation der Bangladesch-Menschenrechtskommission (BHRC), die Mitglied des Netzwerks SOS-Torture ist, hat sich dann aber der Eindruck gefestigt, dass die Behörden des Landes mangels Mitteln oder aus Gründen der Toleranz nicht die erforderlichen Massnahmen ergreifen, um diese Praxis zu unterbinden, die Urheber angemessen zu bestrafen sowie Reha-Dienste und angemessene Wiedergutmachung für die Opfer bereitzustellen. Als Signatarstaat der Konvention gegen Folter und andere grausame, unmenschliche oder erniedrigende Strafen oder Behandlungen und der Konvention über die Beseitigung aller Formen von Diskriminierung gegen Frauen ist Bangladesch verpflichtet, Gewalttaten von Vertretern des Staates oder Privatpersonen zu verhindern, zu untersuchen und zu bestrafen und allfällige Opfer zu schützen.

Das unbestreitbare Versagen der Behörden von Bangladesch beim Schutz dieser Opfer bedeutet, dass die betreffenden Verbrechen - ebenso wie die in anderen Ländern von nichtstaatlichen Agenten verübten Grausamkeiten - zu den schweren Menschenrechtsverletzungen gezählt werden müssen.

"Mit grosser Freude kann ich Ihnen mitteilen, dass Madame und die fünf Kinder am 24. Dezember 2000 um Mitternacht in XXX angekommen sind. Die ganze Familie dankt Ihnen und auf diesem Weg auch der OMCT dafür, dass Sie die Familienzusammenführung bewerkstelligt haben, und ist glücklich, dass das Lachen in die Gesichter zurückgekehrt ist. Wir zollen Ihnen wirklich tiefe Anerkennung und sind bereit, im Rahmen unserer Möglichkeiten für das Wohlergehen jedes Menschen einzutreten, der sich in ähnlicher Not befindet. Wir ermutigen Sie nachhaltig in Ihrem Wirken und hoffen, dass Sie nie in Ihren Interventionen für andere Menschenrechtler in derselben Notlage nachlassen mögen."

Dezember 2000, Opfer aus der Demokratischen Republik Kongo

Die OMCT ist derzeit die einzige Nichtregierungsorganisation, die für Folteropfer vor Ort einen Erste-Hilfe-Dienst in Gestalt der unerlässlichen medizinischen, sozialen und/oder juristischen Betreuung bereit hält. Dank ihres über mehr als 95 Länder gespannten Netzes von NROs mit ihrem hervorragenden Ruf für Glaubwürdigkeit und Zuverlässigkeit, die in der Lage sind, Soforthilfegesuche umgehend zu identifizieren und zu überprüfen, kann die OMCT die erforderliche Unterstützung unter minimalem Kostenaufwand und in kürzester Frist gewähren. Darüber hinaus kann die OMCT auf die unverzichtbare Partnerschaft renommierter Zentren für die Versorgung von Folteropfern zählen, von denen einige ebenfalls Mitglieder des Netzwerks SOS-Torture sind.

Dringlichkeitshilfe für Folteropfer

Land	Fall/Fälle	<u>Opfer</u>
Bangladesch	2	56
Brasilien	1	1
Burundi	1	1
Kamerun	2	1
Kolumbien	5	15
Ägypten	1	1
Guinea	1	1
Haiti	1	1
Iran	1	1
Liberia	1	0
Libyen	2	2
Nigeria	4	11
Uganda	1	1
Kongo Dem. Rep.	23	68
Pakistan	1	5
Sierra Leone	3	47
Somalia	1	4
Sudan	2	2
Syrien	1	1
Tschad	4	6
Tschetschenien	1	1
Tunesien	3	6
Uruguay	1	1
Total	63	233

Die Weltorganisation	gegen Folt	er dankt :
----------------------	------------	------------

- Caritas/Schweiz
- EU-Kommission
- UN-Fonds freiwilliger Zuwendungen für Folteropfer
 - OAK Foundation

für die Unterstützung ihres Soforthilfeprogramms für Folteropfer.

Kinder: Der lange Weg zur Abschaffung der Folter

Mit einem traurigen Rekord schloss das letzte Jahrtausend. Zwischen 1995 und 2000 zählte die OMCT nicht weniger als 2'300 Kinder in etwa 35 Ländern als Opfer von Folter, summarischen Hinrichtungen und "Verschwindenlassen". Und es sieht so aus, als sei die Tendenz steigend. Ob eine echte Zunahme vorliegt oder die Zahlen sich dem verbesserten Informationssystem der OMCT verdanken, ist schwer zu sagen. Ausserordentliche Sorge bereitet die Entwicklung in jedem Fall.

Im September 2000 hat die OMCT in Zusammenarbeit mit Save the Children UK eine Studie veröffentlicht über Kinderfolter in bestimmten Staaten und von bewaffneten oppositionellen Gruppen ("Children, Torture and Power", erhältlich beim Internationalen Sekretariat). Es werden die Faktoren und Situationen aufgezeigt, die das Folterrisiko für Kinder erhöhen. In erster Linie handelt es sich um Armut, Diskriminierung, verwandtschaftliche Bande mit Opponenten oder Personen im Konflikt mit dem Gesetz, Kriminalität, politischen Aktivismus und bewaffnete Konflikte. Die grösste Unbekannte in dieser Liste ist die Armut.

Auch Skepsis und eine instinktive Ekelreaktion angesichts dieser schweren Verstösse ändern nichts daran: Kinderfolter durch Vertreter des Staates gibt es noch in vielen Ländern der Welt. Kinder werden gequält, misshandelt, gefoltert und zuweilen getötet – und das alles im Namen der Autoritätsbehauptung irgendeines herrschenden Regimes. In mehreren Ländern werden Kinder bei polizeilichen Vernehmungen gefoltert, auf der Strasse oder in ihrem Heim von Mitgliedern der Sicherheitskräfte misshandelt oder bei Vorstössen der Armee in Wohn- und Geschäftsvierteln verletzt. Im November 2000 entsandte die OMCT eine Mission in die Türkei zu Treffen mit Menschenrechtlern, Anwälten und Menschenrechts-NROs, auf denen sich herausstellte, dass Kinderfolter in Polizeigewahrsam weit verbreitet ist und systematisch praktiziert wird.

Was die OMCT ebenfalls beunruhigt, ist die Situation von Kindern im Konflikt mit dem Gesetz. Diese Kinder werden häufig grausam und unmenschlich behandelt oder zu Strafen verurteilt, die für ihre körperliche und geistige Integrität und ihre Entwicklung äusserst abträglich sind. Sie werden unter alles andere als menschenwürdigen Bedingungen festgehalten, sie leiden an Unterernährung, verschiedenen Hygienemangelkrankheiten und dem Fehlen jeglicher Erziehung und Erholung, die ihre Wiedereingliederung in die Gesellschaft fördern könnten. Sie sitzen häufig in Gefängnissen für Erwachsene in denselben Zellen und leiden unter Missbrauch und Misshandlung durch ihre Mitgefangenen. Ausserdem sind sie der ununterbrochenen Promiskuität mit Drogensüchtigen und hartgesottenen Verbrechern ausgesetzt.

Gewalt und Missbrauch aller Art am stärksten ausgesetzt sind natürlich die Strassenkinder. Dieses Problem gibt es zwar fast überall auf der Welt, doch ist es in Lateinamerika und Afrika am grössten. Es wäre jedoch falsch anzunehmen, dass die Industrieländer von diesem Makel verschont geblieben sind. Im November 2000 äusserte die OMCT ihre Besorgnis über angebliche Folter und Misshandlungen an Strassenkindern marokkanischer Herkunft in den spanischen Exklaven Ceuta und Melilla. Die Kinder sollen im Stadtzentrum in Polizei-LKWs eingeladen und einige von Polizisten misshandelt worden sein (Kinder quälen in Polizeigewahrsam scheint übrigens häufiger vorzukommen). Endziel der Razzien war es, die Kinder aus den spanischen Exklaven auszuschaffen. Der gemeinsam mit lokalen Organisationen durchgeführten OMCT-Aktion war ein starkes Echo beschieden, und der Generalstaatsanwalt von Madrid sah sich veranlasst, die Eröffnung einer Untersuchung zu fordern. (Dringlichkeitsappell ESP 021100.EE)

Die Auswirkungen bewaffneter Konflikte auf Kinder

Kinder gehören zu den am stärksten gefährdeten Opfern in bewaffneten Konflikten. Da sie sich nicht wehren können oder zwangsgemustert werden, laufen sie Gefahr, während der Kämpfe oder bei staatlichen Repressionsaktionen verwundet, verstümmelt oder getötet zu werden. Diese Kinder leiden an schwerwiegenden physischen und psychischen Folgen, die lebenslange Spuren hinterlassen. Viele dieser Kinder werden von Militärs und Guerillas missbraucht – auch sexuell!

Afrika ist bei weitem der Erdteil mit den meisten bewaffneten Konflikten. Schon mehrfach hat die OMCT ihre Besorgnis geäussert, die 15- bis 18jährigen Kindersoldaten in Sierra Leone könnten vor den künftigen Sondergerichtshof zur Aburteilung von Kriegsverbrechen geladen werden. Sie hält dies insofern für inakzeptabel, als die Kinder die ersten Opfer des Konflikts sind, werden sie doch häufig zwangsgemustert und unter dem Einfluss von Drogen zu richtigen Kriegsmaschinen ausgebildet. Dank gemeinsamen Drucks seitens der OMCT und verschiedener NROs hat der UN-Sicherheitsrat letztendlich empfohlen, die Kinder von Sierra Leone nicht wegen Kriegsverbrechen anzuklagen, sondern vor der Kommission Wahrheit und Versöhnung aussagen zu lassen.

Im November 2000 wurde die internationale Gemeinschaft von der OMCT auf die Situation im Tschad aufmerksam gemacht, wo Kinder von den im Norden des Landes stehenden Streitkräften zwangsrekrutiert und in vorderster Linie als "Minensucher" eingesetzt werden. Weigerung wird mit Exekution bestraft. Die Kinder sollen zumeist nicht einmal 13 Jahre alt sein und der Zagawa-Ethnie angehören. (Fall TCD 201100.EE)

Seit September 2000 gibt auch die Situation in Israel und den besetzten Gebieten Anlass zu Beunruhigung. Die erneut aufgeflammten Konfrontationen zwischen Palästinensern und den israelischen Streitkräften haben 66 palästinensische Kinder das Leben gekostet und mehr als 2'000 Minderjährigen Verletzungen zugefügt. Manche Kinder müssen unter scheusslichen Umständen zu Tode gekommen sein, zeigten ihre Körper neben den tödlichen Schusswunden doch auch Spuren von Schlägen. Andere wurden so schwer verletzt, dass sie verbluteten. Wieder andere Minderjährige wurden aus Hubschraubern mit scharfer Munition, u.a. mit sprenggeschossartig wirkenden Dumdumgeschossen beschossen oder von Raketensplittern getroffen. Gelegentlich haben die israelischen Sicherheitskräfte verletzte Kinder daran gehindert, sich ärztlich behandeln zu lassen. (Fall ISR/PAL 101000.EE)

Im Jahr 2000 hat die OMCT X Appelle "KINDESMISSHANDLUNGEN" verbreitet, die X Minderjährige betrafen (siehe die einschlägigen Zahlen auf S. XX).

Berichte an das UN-Kinderrechtskomitee

Auf internationaler Ebene hat die Arbeit des Kinderrechtskomitees grundsätzliche Bedeutung, da sie sicherstellt, dass Themen wie Folter und andere grausame, unmenschliche und erniedrigende Strafen oder Behandlungen sowie Haftbedingungen eingehend analysiert und untersucht werden. Seit mehreren Jahren legt die OMCT regelmässig Berichte vor, die den gesetzlichen Schutz der Grundrechte der Kinder verbessern sollen. Zweck dieser Berichte ist es, Lücken in nationalen Gesetzgebungen aufzuzeigen, die möglicherweise den schweren Missbrauch Minderjähriger zur Folge haben. Die Analyse der Gesetzeslage wird - soweit möglich - durch Fallstudien von Mitgliedern des Netzwerks SOS-Torture begleitet. Diese Alternativberichte schliessen mit Empfehlungen, die regelmässig von den Sachverständigen des Komitees in ihre Schlussbemerkungen für die betreffenden Länder einfliessen.

Während des vergangenen Jahres wurden vier Berichte veröffentlicht, in denen die Anwendung der Kinderrechtskonvention in Südafrika, Costa Rica, Burundi und Kolumbien analysiert wird.

Die Weltorganisation gegen Folter dankt :

- Fondation de France
 - EU-Kommission
 - Misereor

für die Unterstützung ihres Kinderprogramms.

Der Dank der Weltorganisation gegen Folter geht ferner an :

- Agence Intergouvernementale de la Francophonie
 - Délégation générale du Québec
 - Schweizerische Eidgenossenschaft

ohne deren Unterstützung die französische Fassung der Dringlichkeitsappelle "KINDESMISSHANDLUNGEN" und die dem UN-Kinderrechtskomitee vorgelegten Alternativberichte nicht hätten erstellt werden können.

Wenn es um Gewalt gegen Frauen geht, gibt es nur Entwicklungsländer

1996 hat die OMCT ein besonderes Programm zum weltweiten Schutz von Frauen vor geschlechtsspezifischer Gewalt auf die Beine gestellt. Für seine Funktionsweise bezieht dieses Programm seine Kraft und Inspiration aus den anderen OMCT-Programmen, die ihre Effizienz im Kampf gegen die Folter bewiesen haben. In enger Zusammenarbeit mit nationalen Menschenrechts-NROs werden Fälle geschlechtsspezifischer Gewalt von der OMCT untersucht und in Form von Dringlichkeitsappellen, Meldungen an Behörden, Pressemitteilungen und Alternativberichten angeprangert und letztere dem UN-Komitee zur Beseitigung der Diskriminierung gegen Frauen vorgelegt.

Aus den zahlreichen bearbeiteten Fällen hat sich der Eindruck verfestigt, dass das Geschlecht eine grosse Rolle für Art, Umstände und Folgen von Folter sowie Verfügbarkeit und Erreichbarkeit von Hilfe spielt.

Frauen erleiden nicht nur die Formen staatlicher Gewalt, die Frauen und Männer unterschiedslos treffen, sondern auch gechlechtsspezifische Gewalttätigkeiten wie Vergewaltigung, sexuelle Misshandlung und Quälerei, erzwungene Befruchtung, Jungfräulichkeitsprüfung, Abtreibung, Prostitution und eingeleitete Fehlgeburt. Männer leiden zwar auch unter Folter sexueller Ausprägung, aber die meisten Opfer sind weiblichen Geschlechts. Jedes Folteropfer stösst auf häufig unüberwindliche Hindernisse, wenn es um die Denunziation der erlittenen Gewalttätigkeiten und die Verfolgung der Täter geht. Sexuelle Gewalt und namentlich Vergewaltigung ist eine Methode der Folter, die bei den Opfern Furcht und Schamgefühle hervorruft, welche häufig dazu führen, dass die erlittene Gewalt geleugnet wird. Und so hüllen sich zahlreiche weibliche Folteropfer in Schweigen.

Ausserdem wird Gewalt gegen Frauen zumeist in der Privatsphäre, innerhalb der Familie oder Gemeinde ausgeübt. In ihrem Heim sind Frauen Opfer ehelicher Gewalt, von Vergewaltigung, Inzest und traditionellen Praktiken wie Verbrechen wegen Ehrverletzung, Verstümmelung der weiblichen Geschlechtsorgane, Bevorzugung der Söhne und Frühehen. Auch in der Gemeinde werden Frauen mit Gewalt konfrontiert (Vergewaltigung, sexuelle Brutalität, Mädchenhandel, Zwangsprostitution, Pornographie, Gewalt gegen Wanderarbeiterinnen). All diese Formen der Gewalt gegen Frauen leiten sich von der angeblichen Minderwertigkeit der Frauen her und von ihrem Ungleichheitsstatus, wie er in den Gesetzen und gesellschaftlichen Normen vorgesehen ist.

Gewalt gegen Frauen ist eine Menschenrechtsverletzung. Also können Staaten zur Verantwortung gezogen werden für die von Privatpersonen begangenen Menschenrechtsverletzungen, wenn sie ihrer Verpflichtung nicht nachkommen, die Rechte zu schützen, die Urheber zu bestrafen oder den Opfern Wiedergutmachung zuteil werden zu lassen.

Im Rahmen ihres Frauenprogramms analysiert und dokumentiert die OMCT daher auch bestimmte Fälle von Gewalt gegen Frauen, die von Privatpersonen ausgeht.

Dringlichkeitsappelle "Gewalt gegen Frauen"

Seit 1996 verbreitet die OMCT Dringlichkeitsappelle, die sich speziell mit Gewalt gegen Frauen befassen. Zweifaches Ziel dieser Appelle ist es, Frauen zu schützen, die durch Folter und andere grausame, unmenschliche oder erniedrigende Strafen oder Behandlungen gefährdet sind, und die Mitglieder des Netzwerks SOS-Torture für dieses Problem zu sensibilisieren.

Letzteres hat die OMCT veranlasst, eine grössere Anzahl Fälle von Folter und Misshandlung an Frauen zu identifizieren und dokumentieren. Die Dringlichkeitsappelle sind übrigens auch eine Arbeitshilfe für die UN-Sonderberichterstatter über Gewalt gegen Frauen, über Folter und über aussergerichtliche, summarische und willkürliche Hinrichtungen. Im Rahmen der Dringlichkeitsappelle wegen Gewalt gegen Frauen wurde eine aktive Kampagne in Bangladesch durchgeführt, um die Säureattentate zu bekämpfen, die im Kapitel "Opfer: Einzigartiges Programm zur Bewältigung dringlicher und komplexer Probleme" auf Seite XX beschrieben werden.

Die Grundrechte der Frauen einbeziehen

Im Jahr 2000 hat sich die OMCT vor allem um die Einbeziehung der Grundrechte der Frauen durch die "wichtigsten" Organe bemüht, die kraft Menschenrechtskonventionen geschaffen wurden (Menschenrechtskomitee, Komitee gegen Folter, Kinderrechtskomitee usw.). Angestrebt wird eine Gleichheit der Geschlechter mittels Durchsetzung einer entsprechenden Vorgehensweise, die zu einem integrierenden Bestandteil der Konzeption, Verwirklichung, Untersuchung und Beurteilung von Politik und Programmen im Zusammenhang mit jeder einzelnen Kategorie von Rechten wird, damit Frauen und Männer gleichermassen in deren Genuss kommen und auf diese Weise alle Ungleichheit ein Ende findet. Lange Zeit wurden Verletzungen der Frauengrundrechte, die sich von denjenigen der Männer unterscheiden, im internationalen Gesetzgebungsprozess vernachlässigt und deren Verletzungen dadurch vielfach unsichtbar. Die Folge davon war, dass die betreffenden Gesetze keine angemessene Handhabe gegen die diversen Arten der Verletzung von Frauengrundrechten boten.

Gemäss mehreren Menschenrechtskonventionen sind Regierungen verpflichtet, den durch diese eingesetzten Komitees regelmässig Berichte über die Achtung der einschlägigen Bestimmungen vorzulegen. So hat beispielsweise die OMCT im Jahr 2000 den UN-Komitees zehn Berichte über Gewalt gegen Frauen vorgelegt: 1 Bericht (Peru) an das Menschenrechtskomitee, 6 Berichte (Armenien, Weissrussland, Kamerun, China, USA, Guatemala) an das Komitee gegen Folter, 1 Bericht (Südafrika) an das Kinderrechtskomitee, 1 Bericht (Ägypten) an das Komitee für wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte und 1 Bericht (Australien) an das Komitee zur Abschaffung der Rassendiskriminierung. Alle Berichte werden 2001 in einer Sammlung veröffentlicht.

Die OMCT ist die einzige Menschenrechts-NRO, die den "wichtigsten" UN-Organen regelmässig Alternativberichte über geschlechtsspezifische Menschenrechtsverletzungen vorlegt.

Alternativberichte an das UN-Komitee zur Beseitigung der Diskriminierung gegen Frauen

Diesem Komitee hat die OMCT im Jahr 2000 einen Bericht über Gewalt gegen Frauen in Indien vorgelegt.

Da in der Konvention zur Beseitigung jeder Art von Diskriminierung gegen Frauen die Gewalt gegen Frauen nicht *expressis verbis* untersagt ist, hat das Komitee zur Beseitigung der Diskriminierung gegen Frauen 1992 die Allgemeine Empfehlung Nr. 19 ("Gewalt gegen Frauen") verabschiedet, in der geschlechtsspezifische Gewalt mit geschlechtsspezifischer Diskriminierung gleichgesetzt wird. Damit bekräftigt das Komitee nachdrücklich, dass eine ganze Reihe von Artikeln der Konvention den Frauen Schutz vor Gewalt gewährt. Ferner wurde dazu aufgerufen, in den durch die Konvention vorgegebenen Prozess der Vorlage von Berichten den Aspekt gechlechtsspezifischer Gewalt einzubinden. Leider lässt die Reaktion der Staaten auf die Allgemeine Empfehlung Nr. 19 zu wünschen übrig: Frauenfolter wird nur selten erwähnt in den Berichten, welche die Regierung dem Komitee vorlegen. Um diese Lücke zu schliessen, unterbreitet die OMCT dem Komitee zur Beseitigung der Diskriminierung gegen Frauen Berichte über Gewalt gegen Frauen, in denen auch die Folter an Frauen abgehandelt wird.

Beijing + 5 : Fünf Jahre nach dem Frauengipfel ziehen die Staaten erstmals Bilanz

Fünf Jahre nach Beijing - vom 5. bis 9. Juni 2000 - strömten Hunderte von Frauenrechtsaktivistinnen nach New York, um sich zur Sondersitzung der UN-Generalversammlung Gehör zu verschaffen. Die OMCT beteiligte sich aktiv an diesem Treffen unter dem Motto "Frauen im Jahr 2000. Gleichheit der Geschlechter, Entwicklung und Frieden für das 21. Jahrhundert" und präsentierte neben der Publikation "Gewalt gegen Frauen: Ein Bericht" ein Dokument mit Kriterien für die Erarbeitung von Indikatoren, um die Fortschritte zu messen, die Regierungen bei der Verringerung der Gewalt gegen Frauen gemacht haben.

Die Weltorganisation gegen Folter dankt :		
Grossbritannien		
für die Finanzierung des Projektes "Gewalt gegen Frauen : Einbeziehung der geschlechtsspezifischen Aspekte in die Arbeit der Organe, die im Zusammenhang mit Mechanismen zur Verteidigung der Menschenrechte geschaffen wurden",		
und		
der EU-Kommission		
für die Unterstützung des Programms "Gewalt gegen Frauen".		

Wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte: Angemessene Reaktionen auf die eigentlichen und strukturellen Ursachen für massive Verletzungen der politischen und bürgerlichen Rechte

Das aktuelle Phänomen der wirtschaftlichen und finanziellen Globalisierung im Verein mir einem zunehmenden Missverhältnis in der Einkommensverteilung auf nationaler wie auf internationaler Ebene stellt eine starke Herausforderung für das derzeitige Menschenrechtssystem dar.

In den meisten Fällen geht ungleiche Einkommensverteilung mit Verarmung, Marginalisierung und fehlenden Entwicklungschancen in Wirtschaft und Gesellschaft für einen bedeutenden Teil derselben einher. Unter rechtlichen Aspekten bestätigen und erhellen diese Entwicklungen in der Regel schwere und fortgesetzte Verletzungen der wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Rechte. In einer Situation, in der letztere nicht respektiert werden, ist nun aber die Wahrscheinlichkeit gering, dass die bürgerlichen und politischen Rechte - namentlich im Zusammenhang mit der Folter – sich voll durchsetzen können. Das UN-Hochkommissariat für Menschenrechte und das UN-Komitee für wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte haben übrigens bereits darauf hingewiesen, dass "in einer Welt, in der die wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Rechte vernachlässigt werden, die bürgerlichen und politischen Rechte sich langfristig nicht werden entfalten können. Die Grundvoraussetzungen, die dem internationalen Geflecht der Menschenrechte als Basis dienen, laufen daher Gefahr zusammenzubrechen, wenn nicht für ein gewisses Gleichgewicht gesorgt wird."

Mangelnde wirtschaftliche und soziale Entwicklung darf keinesfalls die Verletzung bürgerlicher und politischer Rechte wie den absoluten und unveräusserlichen Schutz vor Folter und anderen grausamen, unmenschlichen oder erniedrigenden Strafen und Behandlungen rechtfertigen. Wirtschaftliche und soziale Ungleichheit sind in der Regel von Verletzungen der wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Rechte begleitet, die ihrerseits durchaus in Verstösse gegen die bürgerlichen und politischen Rechte münden oder zumindest deren Genuss drastisch einschränken können. Die Folgen von Konflikten, bei denen es um die Umverteilung von Land oder anderen Produktionsmitteln geht, wie auch die Auswirkungen der Armut auf die Teilnahme am politischen Leben oder die persönliche Sicherheit liefern übrigens einige Anhaltspunkte zum Zusammenhang zwischen Verstössen gegen die wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Rechte und dem wirksamen und vollkommenen Schutz vor Folter und anderen grausamen, unmenschlichen oder erniedrigenden Behandlungen.

Um also einen wirksamen und vollkommenen Schutz vor Folter zu gewährleisten, muss diese Dimension in eine Strategie zur Abschaffung der Folter übernommen werden. Die traditionellen Instrumente zur Verteidigung der bürgerlichen und politischen Rechte sind zwar effizient, werden aber stets an ihre Grenzen stossen, wenn der grössere Kontext der wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Rechte keine Berücksichtigung findet. Nach diesbezüglichen Konsultationen und Seminaren mit diversen NROs seit Ende der achtziger Jahre hat die OMCT ein spezifisches Programm für wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte aus der Taufe gehoben. Dieses Programm ist im September 2000 angelaufen und umfasst folgende fünf Punkte:

- Alternativberichte an das UN-Komitee f
 ür wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte;
- Integration der Untersuchung der wirtschaftlichen und sozialen Ursachen, die Verstössen gegen politische und bürgerliche Rechte zugrunde liegen oder zu diesen führen, in die Arbeit der diversen Ausschüsse für die Überwachung der UN-Abkommen sowie der nichtkonventionellen UN-Einrichtungen für den Schutz der Menschenrechte;
- Nutzung wirtschaftlicher Mechanismen zur F\u00f6rderung und zum Schutz der Menschenrechte;
- länder-, regions-, gruppen- oder gemeinschaftsweise Analyse der wirtschaftlichen, sozialen oder aus der Entwicklungsproblematik gegebenen Realitäten und deren Zusammenhang mit der Anwendung von Folter oder Gewalt in anderer Form;
- Anregung finanzieller und anderer spezialisierter Institutionen sowie transnationaler Unternehmen, den Menschenrechtsaspekt in ihre Politik und Aktivitäten zu integrieren.

¹ UN-Hochkommissar für Menschenrechte und UN-Komitee für wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte: Aktionsplan zur Förderung der Anwendung des Internationalen Paktes betreffend wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte.

Rassismus: Von nationaler Präferenz zu Gewalt zwischen ethnischen Gruppen

Für die OMCT als bedeutendstem Zusammenschluss von Organisationen, die sich dem weltweiten Kampf gegen die Folter verschrieben haben, war es selbstverständlich, sich aktiv an den Vorbereitungen zur Weltkonferenz gegen Rassismus, Rassendiskriminierung, Fremdenhass und der damit einhergehenden Intoleranz zu beteiligen, die vom 31. August bis 7. September 2001 in Südafrika stattfindet.

Am meisten verbreitet sind Menschenrechtsverletzungen im Zusammenhang mit Intoleranz und insbesondere mit Rassismus und Fremdenhass, die häufig zu Diskriminierung und Ausgrenzung führen. Ob in Industrieländern, wo ungleiche Behandlung von Gefangenen die Folge einer diskriminierenden Haltung gegenüber Minderheiten ist, ob in den Ländern des Südens, die Schauplatz von Bürgerkriegen zwischen rivalisierenden Ethnien sind - Rassismus und Intoleranz sind die mörderischsten Begleiterscheinungen unserer Epoche.

Angesichts dieser Feststellung, die für die Gesamtheit der Zivilgesellschaft gilt, will die OMCT während der ganzen Phase der Konferenzvorbereitung besonders eindringlich aufmerksam machen auf Rassismus, Rassendiskriminierung und Fremdenhass als konkrete und systematisch erkennbare Ursachen von Folter, willkürlicher Inhaftierung, summarischen Hinrichtungen, "Verschwindenlassen" und allen anderen Formen grausamer, unmenschlicher oder erniedrigender Behandlung.

Die Teilnahme an der Weltkonferenz gegen Rassismus, für die UN-Hochkommissarin für Menschenrechte "eins der wichtigsten internationalen Ereignisse zu Beginn dieses Jahrhunderts", schien allein schon deshalb selbstverständlich, weil die beiden Phänomene Folter und Rassismus leider allenthalben auf der Welt so eng miteinander verflochten sind.

Im Rahmen der Vorbereitung der Weltkonferenz gegen Rassismus haben seit 1999 fünf regionale Expertenseminare, vier regionale zwischenstaatliche Vorbereitungstagungen und mehrere NRO-Foren stattgefunden.

Im Jahr 2000 konnte die OMCT am NRO-Forum Mittel- und Osteuropa teilnehmen, das die Helsinki-Stiftung für Menschenrechte auf Wunsch des UN-Hochkommissariats für Menschenrechte vom 15. bis 18. November 2000 in Warschau (Polen) veranstaltet hatte. Das Forum, zu dem mehr als 125 mittel- und osteuropäische NROs kamen, die um ihre Anregungen zur besseren Berücksichtigung der spezifischen Erscheinungsformen von Rassismus in ihrer Region gebeten waren, bot der OMCT eine gute Gelegenheit, ihre Beziehungen zu den NROs darzulegen. Mit Vertretern der anwesenden NROs beteiligte sich die OMCT an einer eingehenden Diskussion über die wichtigsten Ausprägungen des Rassismus ihrer Region – u.a. zunehmende Hasstiraden aus Politikermund, systematische Diskriminierung und rassistische Gewalt gegen die am stärksten gefährdeten Minderheiten und hauptsächlich die Rom sowie die Folgen fremdenfeindlicher und diskriminierender Verhaltensweisen und rassistischer Äusserungen gegenüber Gastarbeitern, Flüchtlingen und Asylbewerbern.

Im Nachgang zu diesem Ereignis will die OMCT das Know-how ihrer in Europa ebenso wie in Afrika, Asien und Lateinamerika präsenten Mitglieder nutzen, um ein Inventar aller Formen von Folter und Misshandlung, von rassistischen Äusserungen und Diskriminierungen und der damit einhergehenden Intoleranz zu erstellen.

Die OMCT hat sich daher entschlossen, die Erscheinungsformen rassistischer Gewalt gegenüber den am stärksten gefährdeten Minderheitengruppen wie Gastarbeiter, Flüchtlinge, Vertriebene, ethnische Minderheiten und Urbevölkerungen zu analysieren, um einen aktiven Beitrag zu leisten zu den Entwürfen der Erklärung und des Aktionsprogramms, deren Vorlage auf der Weltkonferenz das UN-Hochkommissariat für Menschenrechte plant.

Observatorium für den Schutz der Menschenrechtler : Im Zentrum des Orkans

Im Verlauf des Jahres 2000 hat das Observatorium seine Anstrengungen verstärkt: Ausbau und Intensivierung der Aktivitäten, Diversifizierung der Interventionsmethoden, um die immer zahlreicheren Gesuche zu bewältigen, die aufgrund der verschlechterten Situation der Menschenrechtler in vielen Ländern eingehen.

Entsprechend zugenommen haben die Aktivitäten im Zusammenhang mit Alarmierung und Vorbeugung: Dringlichkeitsappelle, Schreiben an Behörden und Denunziation vor internationalen Einrichtungen. All diese Aktionen haben zu stärkerer Mobilisierung der Allgemeinheit geführt und einen dynamischen Prozess der Konsultation und Konzertation sowie gemeinsamer Aktionen von NROs auf nationaler, regionaler und internationaler Ebene ausgelöst, in denen sich die grosse Vielfalt von Problematik, Situationen und Einzelfällen spiegelt. Anzumerken ist ferner die Intensivierung der Beobachtungen unter juristischen Aspekten sowie der Untersuchungen vor Ort und der Solidaritätsbesuche. Parallel dazu hat das Observatorium die öffentliche Meinung über internationale Kommunikationskanäle mehr als bisher mobilisiert und die Information im nationalen Rahmen verstärkt.

Angesichts der komplexen und schwierigen Aufgabe, Menschenrechtler angemessen zu schützen, hat das Observatorium sich auch weiterhin nachdrücklich um die Mobilisierung der internationalen Organisationen bemüht. Gemeinsam mit anderen Organisationen wurde die Verabschiedung einer Entschliessung (2000/61) durch die UN-Menschenrechtskommission vorangetrieben und in diesem Sinn der UN-Generalsekretär ersucht, für drei Jahre einen Sonderrepräsentanten zu ernennen, dem es obliegt, die Situation der Menschenrechtler in der ganzen Welt zu begutachten, die zuständigen Instanzen davon zu informieren und angemessene Mittel für die Verbesserung ihres Schutzes vorzuschlagen. Seit im August 2000 die Sonderrepräsentantin Hila Jilani bestellt wurde, werden deren Initiativen vom Observatorium unterstützt. Darüber hinaus besteht mit Hila Jilani inzwischen eine enge Zusammenarbeit bei der Untersuchung der diversen Situationen und Zwischenfälle betreffend Menschenrechtler.

Das Observatorium für den Schutz der Menschenrechtler hat des weiteren seine Lobbytätigkeit bei regionalen Einrichtungen und Organisationen fortgesetzt. Seine besondere Aufgabe sieht es darin, auf regionaler Ebene spezifische Mechanismen aufzubauen, welche die Menschenrechtler schützen und den in der Erklärung über diese aufgestellten Grundsätzen Anerkennung verschaffen sollen

Dringende Interventionen

Trotz deutlicher Fortschritte auf internationaler Ebene ist auch im vergangenen Jahr die Situation der Menschenrechtler weltweit höchst besorgniserregend geblieben. Das Observatorium gab in der Berichtsperiode 149 Kommunikationen heraus, die sich auf diverse Verstösse gegen Menschenrechte und Grundfreiheiten betreffend Menschenrechtsaktivisten und ihre Organisationen bezogen. Einschlägige Verletzungen wurden in 44 Ländern Afrikas, Lateinamerikas, Asiens, Europas sowie des Fernen und Mittleren Ostens und des Maghreb registriert.

Unter den betreffenden Interventionen entfielen 133 Dringlichkeitsappelle auf 41 Länder, die in drei Sprachen (Englisch, Französisch, Spanisch) einem Kreis von etwa 90'000 Empfängern zugeleitet wurden. Für jedes einzelne Engagement wurden die Adressaten sorgfältig ausgewählt unter Berücksichtigung der jeweiligen "Reaktionsfähigkeit" (NRO, zwischenstaatliche Organisationen und Einrichtungen, nationale Behörden, Medien usw.).

Sodann hat das Observatorium sozusagen "zweigleisige" Interventionen durchgeführt, d.h. die zuständigen Behörden wurden von den Internationalen Sekretariaten der OMCT und der FIDH direkt angesprochen. In mehreren Fällen gaben mangelnder Fortschritt und der fehlende politische Wille der Behörden Anlass zur Veröffentlichung von Offenen Briefen in der Presse der betroffenen Länder.

Durch das Wirken des Observatoriums konnten kritische Situationen in zahlreichen Ländern einer Lösung zugeführt werden. So wurde die Freilassung einer ganzen Reihe inhaftierter Menschenrechtler

erreicht – unter ihnen Halidou Ouedraogo, Tolé Sagnon, Norbert Tiendrébéogo, Benewende Sankara und Pierre Bidima (Burkina Faso), Amine Abdelhamid und Abderrahim Handouf (Marokko), Flora Brovina (Bundesrepublik Jugoslawien) sowie Tetevi Norbert Gbikpi-Benissan und Pierre Alagha-Kodegui (Togo).

In manchen Ländern hat die Entwicklung das Observatorium veranlasst, im Verein mit verschiedenen internationalen Organisationen bei nationalen Behörden oder zwischenstaatlichen Einrichtungen vorstellig zu werden.

Einsatz vor Ort :Dreizehn Missionen in sechs Ländern

Angesichts der Repression, der Menschenrechtler in bestimmten Ländern ausgesetzt sind, hat das Observatorium im vergangenen Jahr nicht nur seine Untersuchungen fortgesetzt, sondern auch Missionen der Solidarität und direkten Unterstützung für Personen und Organisationen auf den Weg gebracht, deren Rechte und Grundfreiheiten verletzt worden waren. In mehreren Ländern hatten die Behörden nämlich Untersuchungen und gerichtliche Schritte gegen Personen und Organisationen unternommen, die auf dem Gebiet der Menschenrechte tätig waren. In diesem Zusammenhang sah sich das Observatorium veranlasst, seine Beobachtungen unter juristischen Aspekten und seine Massnahmen juristischer Unterstützung zu intensivieren.

Berichte

Im Bereich der Unterstützung für Menschenrechtler sind die Aktivitäten hervorzuheben, die das Observatorium bei der Erstellung von Berichten geleistet hat. Diese Berichte enthalten Fakten usw., die anlässlich Missionen vor Ort (Solidarität, Beobachtung und juristische Unterstützung) gesammelt oder im Rahmen der Gesuche von Eilinterventionen beigesteuert wurden.

Berichte und Informationen wurden der Sonderrepräsentantin sowie anderen relevanten zwischenstaatlichen Instanzen zugeleitet, die auf regionaler und internationaler Ebene tätig sind.

Besonders zu erwähnen sind in diesem Zusammenhang Erarbeitung und Verbreitung des Berichts "Menschenrechtler in Kolumbien - stigmatisiert und eliminiert", welcher der internationalen Konferenz Frieden und Menschenrechte in Kolumbien (San José, Costa Rica, im Oktober 2000) vorgelegt wurde. Ferner wurde dieser Bericht den einschlägigen regionalen und internationalen Instanzen und namentlich der Sonderrepräsentantin, dem Büro des UN-Hochkommissariats für Menschenrechte und den kolumbianischen Behörden überreicht.

"Aufrichtigen Dank für Ihre Untersuchung. Ich nehme morgen wieder Kontakt mit Ihnen auf. Anerkennung für das Observatorium !" Namibia, Dezember 2000

Die Weltorganisation gegen Folter dankt :		
für die Unterstützung des Observatoriums für den Schutz der Menschenrechtler.		

Internationales Sekretariat

Adresse:	Postfach 21 8, rue du Vieux-Billard CH - 1211 Genf 8
Telefon: Fax: E-Mail:	0041/22 809 49 39 0041/22 809 49 29 omct@omct.org
Postscheckkonto:	Genève 12-5500-1
Bankverbindungen:	Union de Banques Suisses Agence du Rhône n° 279.C8106675.0
	Banque Lombard, Odier & Cie no. 88515
Direktor:	Eric Sottas
Stellvertretende Direktoren:	Anne-Laurence Lacroix Fernando Mejía
Projektleiterinnen:	Carin Benninger Julia Double Nathalie Mivelaz Roberta Cecchetti
Projektbeauftragte:	Clemencia Devia Suarez Elsa Le Pennec
Chargées de mission:	Carole Argand Hélène Ballivet-Durand
Sprachendienst:	Ketty Leibovitch, freiwillige Mitarbeiterin
Verwaltung:	Annik Malburet Kifle Araia
Bibliothek:	Pierre-Maurice Rolli

Vollzugsrat

Präsident: Pierre de Senarclens

Vizepräsidenten: Denis von der Weid

Olivier Mach

Schatzmeister: José Domingo Dougan Beaca

Mitglieder: Dan Cunniah

Anne-Marie La Rosa *

Anselmo Lee *

Elisabeth Reusse-Decrey

^{*} scheidet aus

Delegiertenversammlung

Repräsentanten

• <u>Afrika</u> Aminata Dieye

Halidou Ouedraogo

Zoe Tembo

• <u>Lateinamerika</u> Susana A. Paim Figuereido

Alberto Leon Gomez

Vilma Nuñez Luis Perez Aguirre

• *Nordamerika* Joe Eldridge

• <u>Asien</u> Ravi Nair

Esturo Totsuka

Boonthan Verawongse

• *Europa* Inge Genefke

• <u>Mittelost und Maghreb</u> Abdelaziz Bennani

Faruk Abu Eissa Lea Tsemel

Organisationskomitee

- Carole Argand
- Hélène Ballivet-Durand
- Annik Bochatay
- Anne Bonhôte
- Inès Brunschwig-Mirabaud
- Myriam Guye
- Viveca Hortling
- France Majoie Le Lous
- Béatrice Natural
- Florence Notter
- Fabienne Ormond
- Isabelle Ricard

Beirat

- Susanna Agnelli
- Francis Blanchard
- Edouard Brunner
- Bernard Comby
- Hans Danelius
- Leandro Despouy
- Alexis Dipanda Mouelle
- Toine van Dongen
- Asbjorn Eide
- Kurt Furgler
- Konrad Ginther
- Fritz Honegger
- Peter Jankovitsch
- Louis Joinet
- Lea Levin
- Alice Marangopoulos
- Jacques Moreillon
- Franz Muheim
- Kinhide Mushakoji
- Chandra Muzaffar
- Adolfo Pérez Esquivel
- Pierre Pictet
- Bent Sorensen
- Rodolfo Stavenhagen
- Desmond Tutu
- Liliane Uchtenhagen
- Simone Veil
- Jacques Vernet
- Joseph Voyame
- Amos Wako
- Laurie Wisberg